

Persönliches aus dem Ortsverein

Ehrungen

Seit zehn Jahren ist Gertrud Nöhre Mitglied unseres Ortsvereins..

Seit 25 Jahren sind Andrea Dorn und Joachim Kneissler dabei.

Vor 40 Jahren sind Franz Baumann, Albert Bäumer und Jürgen Rossmann eingetreten.

Seit 50 Jahren ist Manfred Moosmann Mitglied.

Seit 60 Jahren ist Dietmar Urgin Genosse.

Vier von Ihnen konnte Mirko Witkowski bei der Jahreshauptversammlung ehren. Laudatoren waren jeweils Mitglieder, die eine besondere Beziehung zu einem oder einer der zu Ehrenden hatten.

2009 trat **Gertrud Nöhre** unserem Ortsverein bei und übernahm gleich für 5 Jahre die Kassenführung. 5 Jahre zuvor hatte sie zum erstmals auf der SPD-Liste für einen Gemeinderatssitz kandidiert. Im Jahr 2012 war es dann soweit. Sie rückte für Martin Klausner, der Mitte der Legislaturperiode ausschied, in das Gremium nach und kümmerte sich um soziale Themen. Im Zentrum ihres Engagement standen Schulen, Sport und Sportstätten. Laut Renate Much lagen ihr eher die

leisen Töne aber immer, wenn es darauf ankam, zeigte sie klare Kante.

Schon als Juso gehörte **Joachim Kneissler** zu den besonders stark engagierten Genossinnen und Genossen nicht nur auf Orts- und auch auf Kreisebene. In seiner Laudatio erinnerte Mirko Witkowski daran, dass Joachim Kneissler schon als ganz junger Landtagskandidat einen unglaublich starken und engagierten Wahlkampf geführt hat. Er wäre sicher ein hoch kompetenter und gleichermaßen sympathischer Vertreter unserer Interessen geworden, ergänzte Witkowski

Bei einer Mitgliederversammlung des Ortsvereins im Jahr 1975 wurde der Freie-Wähler-Kreisrat **Albert Bäumer** für die Kandidatenliste zur Gemeinderatswahl aufgestellt und zwar gegen heftigen Widerstand der der SPD nominiert – gegen heftigen Widerstand der damaligen Jusos, zu denen auch Herbert O. Zinell gehörte, der nun bei der JHV die Lobrede hielt. Albert wurde in den Gemeinderat gewählt, dem er fast 20 Jahre lang angehörte. Dem Kreistag gehörte er von 1973 bis 1989 an. 1990 übernahm Albert von Herbert das Amt des SPD-Fraktionsvorsitzenden. Vorsitzender des Ortsvereins war Albert von 1984

bis 1991. Sein bürgerschaftliches Engagement ging weit über die Partei hinaus. Von 1978 bis 1982 war der Vorsitzender des AWO-Ortsvereins Schramberg. Für ihr fast 40 Jahre dauerndes Engagement für die Haiti-Hilfe Schramberg wurden er und seine Frau Ilse mit dem Bundesverdienstkreuz ausgezeichnet.

Laut Parteibuch ist **Dietmar Urgien** im Dezember 2019 in die SPD eingetreten. Aber er selbst ist sicher, dass das schon ein paar Jahre früher war. Deshalb wurde Dietmar bei der Jahreshauptversammlung für 60+ Jahre geehrt. „Du bist ein treuer, wenn auch, was die SPD betrifft, stiller Genosse“, konstatierte Elke Ringl-Klank in ihrer Laudatio und ergänzte: „Du hast Dein immenses Engagement in der Gewerkschaft GEW in Verbindung mit einer SPD-Mitgliedschaft wohl immer als Einheit gesehen.“ Zwei Jahrzehnte war Dietmar Urgien Vorsitzender des Bezirkspersonalrats GHRs beim Oberschulamt Freiburg und danach noch einmal 11 Jahre lang Vorsitzender beim ÖPR beim Schulamt Rottweil. Er war einige Jahre Kreisvorsitzender der GEW im Kreis Rottweil und fast 20 Jahre Geschäftsführer der GEW Südbaden, deren Ehrenmitglied er inzwischen ist.



Das Bild zeigt die bei der JHV anwesenden Geehrten und ihre Laudatoren. Von links sind das Albert Bäumer, Elke Ringl-Klank, Herbert O. Zinell, Gertrud Nöhre, Mirko Witkowski, Renate Much, Joachim Kneissler, Dietmar Urgien

Unser Blättle

Magazin des SPD-Ortsvereins Schramberg

Ausgabe 28 - Dezember 2019

Liebe Genossinnen und Genossen,

als diese Zeilen entstehen, ist der Bundesparteitag der SPD erst am Vortrag zu Ende gegangen. Drei Tage mit spannenden Wahlen, wichtigen Beschlüssen und Weichenstellungen. „Gemeinsam in die neue Zeit!“, lautet das Motto. Wir haben mit Saskia Esken und Norbert Walter-Borjans erstmals eine Doppelspitze im Bund. Bestimmt wurden sie von der Parteibasis. Die Zeichen stehen nicht nur personell, sondern auch inhaltlich auf Erneuerung.

Wir wollen den Frieden sichern und Europa stark machen, wir haben die Weichen für einen neuen Sozialstaat gestellt, Superreiche sollen mehr Verantwortung übernehmen, die sozialdemokratische Kindergrundsicherung umfasst bis zu 478 Euro. Wir werden Hartz IV überwinden, der Mindestlohn soll mindestens zwölf Euro betragen, Wohnen muss in Stadt und Land bezahlbar sein, wir stellen endlich wieder die Verteilungsfrage. Beim Thema Sicherheits- und Militärpolitik steht für die SPD fest: „Ausrüstung ja, aber Aufrüstung nein“. Wir bauen unser Land um: sozial, ökologisch, demokratisch, gerecht.

Herzliche Grüße und frohe Weihnachten

Euer Mirko

Zukunft der GROKO

Seite 3

Michael Porzelt über das Dilemma der SPD

Bürgerbeteiligung

Seite 5

Matthias Krause über die Einbindung der Menschen

Junge Menschen in der SPD

Seite 7

Petra Röcker im Gespräch

"Wir waren vorbereitet" Walter Momper spricht über die Maueröffnung



Walter Momper und Interviewer Mirko Witkowski, Foto: ari

Walter Momper war Regierender Bürgermeister von Berlin, als im November 1989 die Mauer fiel. Bei einem Besuch auf Einladung der SPD hat er in Schramberg zum Thema „30 Jahre Mauerfall“ gesprochen. Mirko Witkowski hat Walter Momper für „Unser Blättle“ interviewt.

Blättle: Hattest Du, als Du am 9. November 1989 zur Arbeit gegangen bist, eine Vorstellung, was Dich an diesem Tag erwarten wird?
Walter Momper: Nein, ich erwartete einen ganz normalen Arbeitstag.
Blättle: Wie und wo hast Du erfahren, was sich in Ost-Berlin und der DDR tut?

Walter Momper: Wir beobachteten die Lage jederzeit ziemlich genau und

wussten deshalb, was sich in Ost-Berlin und in der DDR tat.

Blättle: War Dir bewusst, was noch am gleichen Abend passieren wird?

Walter Momper: Nein, ich wusste natürlich nicht, dass die Mauer geöffnet wird, schon gar nicht in der Form, wie Schabowski es getan hat.

Blättle: Gab es Vorbereitungen in West-Berlin?

Walter Momper: Ja, es gab Vorbereitungen in West-Berlin. Nachdem Schabowski uns am 29. Oktober gesagt hat, dass sie die Reisefreiheit einführen wollen, hat die Berliner Verwaltung gezielt in Arbeitsgruppen die Situation vorbereitet. Das Schwierigste dabei war der Transport der rund 500.000 Besucher, mit denen wir

rechneten (tatsächlich waren es dann 1,0 Mio. Menschen) und die Vorbereitung der Auszahlung des Begrüßungsgeldes und viele andere Sachen mussten vorbereitet werden.

Blättle: Bist Du selbst an die Grenze gefahren? Was hast Du dort erlebt?

Walter Momper: Ja, ich bin selbstverständlich an die Grenze gefahren. Am 9. November war ich gegen 22.30 Uhr am Grenzübergang Invalidenstraße und habe versucht, dort mit dem Major der Grenztruppen zu reden, was bei ihnen los war. Sie ließen mich aber einfach stehen und zogen auch noch ihre Kontrolleure ab, so dass ich mir mit den rund 10.000 Menschen auf dem Kontrollpunkt fast allein vorkam und befürchtete, wenn sie

die Mauer zumachen würden und auf der anderen Seite mit Bereitschaftspolizei kommen würden, würde es ein Blutbad geben. Ich habe das als eine furchtbare Situation empfunden.

nächsten Tagen und Wochen ging es weiter mit einer förmlichen Explosion von Kontakten über die Grenze hinweg. Der Polizeipräsident West redete mit dem Polizeipräsident Ost, die

geblieben, dass wir doch irgendwo mit Schüssen der Grenztruppen oder mit Gewalttaten, auch gegen Leu-

Blättle: Was war Dein erster Gedanke, als die Einladung aus dem Schwarzwald kam, verbunden mit der Bitte, hier einen Vortrag zu halten?

Walter Momper: Ja, ich habe mich darüber gefreut, dass es auch im Schwarzwald ein Interesse für meine Erinnerungen gibt und ich habe den Vortrag gern angenommen und gehalten. Ich habe mich darüber gefreut, dass ich so vielen Menschen einen Einblick geben konnte.

Blättle: Welchen Eindruck hast Du aus Schramberg mitgenommen (dies sowohl bezogen auf die Veranstaltung als auch auf die Stadt)?

Walter Momper: Der Eindruck, den ich aus Schramberg mitgenommen habe ist, wie gepflegt diese klei-



Das Foto zeigt v.l. Klaus Kirschner, der den Kontakt herstellte, Walter Momper, ehemaliger Regierender Bürgermeister von Berlin, Moderator Dr. Herbert Zinell und OV-Vorsitzender Mirko Witkowski, Foto: ari

Blättle: Wie hast Du die Situation rund um die Rede auf dem Balkon des Schöneberger Rathauses erlebt?

Walter Momper: Die Situation rund um die Rede auf dem Balkon des Schöneberger Rathauses am 10. November war nicht schön, weil erkennbar war, dass die vielen Menschen vor dem Schöneberger Rathaus Bundeskanzler Kohl ausbuhen wollten. Sie ließen ihn nur reden, wenn sie ein großes Gebuhe ansetzen konnten. Das war nicht schön, so dass die Freude etwas getrübt wurde.

Blättle: Wie ging es dann in den nächsten Tagen und Wochen weiter?

Walter Momper: In den

Chefs der Eigenbetriebe der Stadt Berlin West redeten mit den Chefs der Eigenbetriebe im Ostteil der Stadt usw. Sie fragten auch nicht, was notwendig war und die Kontakte wurden mit großen Freuden angebahnt. Die Polizei bekam endlich wieder eine Leitung zwischen Polizei Ost und Polizei West, die es bis dahin überhaupt nicht gegeben hatte. Die wurde jetzt gelegt, so dass man wenigstens ein Katastrophentelefon hatte.

Blättle: Was ist Dir aus jenen Tagen besonders im Gedächtnis geblieben?

Walter Momper: Mir ist aus jenen Tagen besonders das Problem im Gedächtnis

zuwirken, dass alles friedlich bleibt. Das ist letzten Endes auch gelungen und ich glaube, dass ist der größte Gewinn, den wir Deutschen von diesem Vorgang haben, dass eine Revolution in Deutschland eben so friedlich geblieben ist, wie die friedliche Revolution in der DDR 1989.

Blättle: Was machst Du seit Deinem Ausscheiden aus der hauptamtlichen Politik?

Walter Momper: Nach meinem Ausscheiden aus der hauptamtlichen Politik betreibe ich meine Firma weiter. Wir machen Projektentwicklung für den Einzelhandel, das heißt, wir planen und bauen dann Einzelhandelseinrichtungen, also Le-

nen Städte in Westdeutschland sind und die Veranstaltung hatte einen beachtlichen Besuch. Es war offensichtlich eine ganze Schulklasse aus dem örtlichen Gymnasium gekommen, die sich bei ihren Fragen auch gut informiert zeigten. Es war eine Freude, dort den Vortrag zu halten.

Blättle: Was möchtest Du uns noch für die Zukunft mitgeben?

Walter Momper: Ich wünsche der Stadt Schramberg, ihrer Oberbürgermeisterin und der örtlichen SPD alles Gute und viel Erfolg in der Zukunft.

Unser Blättle
Redaktion: Michael Porzelt
V.i.S.d.P. Mirko Witkowski,
SPD-OV Schramberg
Oberndorfer Straße 165
78713 Schramberg

Jung! Politisch positioniert und engagiert! Blitzlichter junger Mitglieder unseres OV's

Ali, Matthias, welches sind die wichtigsten Argumente für Eure SPD – Mitgliedschaft?

Beide: Wer am politischen Diskurs teilnehmen will, muss sich auch in Parteien engagieren.

Matthias: Ich wollte eine Partei, die für Gemeinschaft steht und darüber hinaus soziale Gerechtigkeit sowie gesellschaftliche Zukunftsthemen nicht nur im Blick hat, sondern auch Antworten dazu sucht und geben kann.“

Ali: Aus der Überzeugung heraus, dass eine Gesellschaft sozialdemokratische Werte und sozialdemokratisches Wirken braucht, um „gesund“ zu sein.“

Ali, im letztjährigen Blättle haben wir über Deine Flucht aus Afghanistan und Dein Einleben in Deutschland gesprochen. Was hat sich bei Dir zwischenzeitlich getan?

Ali: Es ist viel passiert! Ich habe wichtige Ämter übertragen bekommen. Ich durfte gemeinsam mit Sebastian Holzauer als Delegierter die Interessen der Jusos des Kreises Rottweil bei der Landesdelegiertenkonferenz in Maichingen vertreten. Ich wurde als Beisitzer in den Kreisvorstand gewählt und bin Ersatzdelegierter geworden. Außerdem wurde ich einstimmig zum Stellvertreter des Juso Kreisvorsitzenden Sebastian Holzauer gewählt und ich durfte als Delegierter der SPD des Kreises Rottweil beim Landesparteitag in Heidenheim meine Stimme abgeben. Außerdem habe ich meine Karriere als Kampfrichter im Ringen begon-

nen und bin sehr zufrieden.
Mit welchen Themen beschäftigt Ihr Euch bei den Jusos momentan?

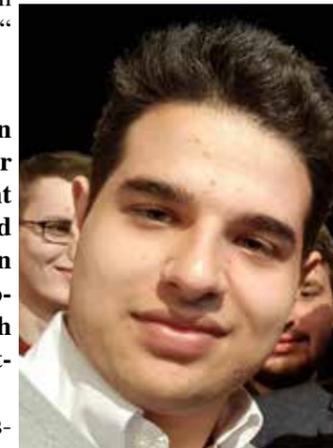


Ali: Ein Schwerpunkt ist der Antisemitismus, der viele Jahre nach der NS-Diktatur immer noch aktuell ist. Wir sind dabei Kontakte zu jüdischen Gemeinden zu knüpfen und wollen zeigen, dass uns diese Menschen wichtig sind.

Matthias, Du bist in mehreren Vereinen und Gremien der Stadt Schramberg aktiv engagiert. Wenn Du 3 Wünsche an die Verwaltung frei hättest, welche wären das?

Meine drei Wünsche an die Verwaltung und damit insgesamt auch an die Kommunalpolitik sind:

1. Dass die Vereine immer als eine wichtige und tragende Säule unserer funktionierenden Stadtgesellschaft gesehen werden.
2. Dass die Kommunalpolitik darauf hinwirkt, dass in unserer vernetzten Welt auch die Vereine unserer Stadt untereinander bestmöglich vernetzt sind und die Stadt hierbei als Helfer initial wirkt.
3. wünsche ich es mir, dass die Kommunalpolitik gegenüber Vereinen immer als „Ermöglicherin“ wirkt. Das umfasst auch den Wunsch, dass bestmöglich dabei geholfen wird, belastende Bürokratiehürden zu bewältigen. Sei es durch pragmatische Entscheidungen vor Ort oder aber als „Vereinslobbyist“ im besten Sinne gegenüber Entscheidern und den gesetzgebenden Institutionen.



Wir gratulieren

unserem ältesten Mitglied Ursula Falkner zum 98.

Hans Uhse zum 88.

Robert Abt zum 86.

Reinhard Großmann zum 85.

Harald Frommer zum 83.

Hans Hekler zum 82.

Heinz Bauer, Heinz Hülsmann, Manfred Moosmann, Dietmar Urgien zum 80.

„Runde“ unter 80:

75 Jahre alt wurden Walter Börner und Werner Klank,

70 Jahre alt wurde Michael Marx, 65 Jahre alt wurden Gertrud Nöhre und Waltraud Schönherr,

60 Jahre alt wurde Harry Armbruster, 40 Jahre alt wurde Guido Neudeck

20 Jahre alt wurde Lars Blecher,



Ein Abendessen mit Franz Müntefering: Dieses ganz besondere Erlebnis hatten am Freitag, 11. Oktober, Hans-Peter Faißt, Bernhard Kammerer, Werner Klank, Elke Ringl-Klank sowie Jan und Mirko Witkowski. Franz Müntefering war als Vorsitzender der Bundesarbeitsgemeinschaft der Seniorenorganisationen (BAGSO) als Festredner zum Jubiläum 25 Jahre Kreisseniorrat nach Rottweil gekommen.

Petra Röcker

Jahresrückblick der Gemeinderatsfraktion

Liebe Genossinnen und liebe Genossen, ein spannendes und interessantes Jahr 2019 liegt hinter uns. Für die Fraktionsgemeinschaft SPD/Buntspecht war dieses Jahr geprägt von Kommunalwahlen und der Oberbürgermeisterwahl. Thematisch haben wir uns vor allem den Themen „Wohnen“ „Leben in Schramberg“ und „Familien“ gewidmet und uns auf unterschiedliche Art für die Belange der Schrambergerinnen und Schramberger eingesetzt. Dabei haben wir versucht, unser Wahlkampfmotto „fair, sozial und enkeltauglich“ aktiv nach außen zu tragen und unsere Entscheidungen in diesem Sinne zu treffen.

Was die Kommunalwahl angeht, erlebten wir einen von Solidarität und großem Engagement getragenen Wahlkampf. Der Ortsverein und die Fraktion arbeiteten Hand in Hand und es gelang uns, eine überzeugende Liste mit hervorragenden Kandidatinnen und Kandidaten aus allen Stadtteilen zu präsentieren. Auch hatten wir den größten Frauenanteil auf unserer Liste. Für eure Bereitschaft zur Kandidatur bedanke ich mich noch einmal, auch im Namen von Mirko ganz besonders herzlich. Leider wurden unsere Bemühungen nur teilweise von der Wählerschaft anerkannt. Wir verloren zwei Sitze und sind damit von 6 auf 4 Fraktionsmitglieder geschrumpft. Somit wird es für uns noch schwieriger, Mehrheiten im Gemeinderat zu erreichen. Dass es uns trotzdem immer wieder gelingt, macht mich

ein bisschen stolz, zeigt es doch, dass wir uns argumentativ durchsetzen können, wenn wir an einem Strang ziehen.

Immer wieder griffen wir in diesem Jahr beim Thema „Wohnen“ an. Es war und ist uns ein wichtiges Anliegen, dass in Schramberg bezahlbarer Wohnraum für alle angeboten wird. Es darf nicht



Die Schaffung von bezahlbarem Wohnraum ist ein wichtiges Thema. Foto: Mirko Witkowski

sein, dass wir nur Wohnraum für „reiche“ Kundschaft in exklusiver Lage anbieten. Wir brauchen Wohnraum für Familien, für Menschen, die finanziell wenig Spielraum haben und für Menschen in bestimmten Lebenslagen. So setzten wir uns dafür ein, dass bei der Planie auf dem Sonnenberg auch bezahlbarer Wohnraum und nicht nur Luxuswohnraum entstehen muss.

Im Neubaugebiet „Bergacker“ in Tennenbronn waren wir es, die im Bebauungsplan eine dreigeschossige Wohnbebauung ermöglichen wollten, um die wenigen vorhandenen Flächen möglichst nachhaltig und verantwortungsbewusst zu bewirtschaften. Leider wurde dieser Beschluss durch Einwendungen aus der Bevölkerung dieser Tage

wieder gekippt.

Wir waren es auch, die in einem Antrag gefordert haben, dass keine weiteren Einweisungen in den „Meierhof“ erfolgen sollen. Der Antrag wurde zwar abgelehnt. Er war dennoch aus meiner Sicht absolut wichtig, denn gerade diejenigen, denen es nicht so gut geht, brauchen eine Lobby - dafür stehe ich

als Fraktionsvorsitzende unserer SPD. Zu guter Letzt formulierten wir zum „Wohnen“ einen Antrag, dass die Schramberger Wohnungsbau-Gesellschaft wieder in die Lage versetzt werden muss, Wohnraum zu schaffen und nicht nur zu verwalten. Das Ergebnis steht noch aus. Erfolgreich griffen wir noch einmal das Thema „Tempo 30“ auf und erreichten im zweiten Anlauf in der David-Deiber-Straße und weiteren Nebenstraßen in Wohngebieten eine Geschwindigkeitsbegrenzung auf Tempo 30. Wir setzten uns hier aktiv für die Belangen möglichst nachhaltig und verantwortungsbewusst zu bewirtschaften. Leider wurde dieser Beschluss durch Einwendungen aus der Bevölkerung dieser Tage

als Fraktionsvorsitzende unserer SPD. Zu guter Letzt formulierten wir zum „Wohnen“ einen Antrag, dass die Schramberger Wohnungsbau-Gesellschaft wieder in die Lage versetzt werden muss, Wohnraum zu schaffen und nicht nur zu verwalten. Das Ergebnis steht noch aus. Erfolgreich griffen wir noch einmal das Thema „Tempo 30“ auf und erreichten im zweiten Anlauf in der David-Deiber-Straße und weiteren Nebenstraßen in Wohngebieten eine Geschwindigkeitsbegrenzung auf Tempo 30. Wir setzten uns hier aktiv für die Belangen möglichst nachhaltig und verantwortungsbewusst zu bewirtschaften. Leider wurde dieser Beschluss durch Einwendungen aus der Bevölkerung dieser Tage

Zum zweiten Mal in Folge lehnten wir eine Gebührenerhöhung für die Kinderta-

gesstätten ab und machten uns vorort stark für die Initiative unserer Landes-SPD „gebührenfreie Kitas“. Zu hoffen ist, dass der Vorstoß demnächst positiv beschieden wird.

Haltung zeigten wir in der Diskussion um die „Szene 64“. So lehnten wir einen weiteren Zuschuss in Höhe von 200 000 Euro ab. Vor allem lehnten wir aber ab, dass Entscheidungen im Hinterzimmer getroffen werden und die Öffentlichkeit nicht erfahren soll, wie massiv im Hintergrund eine Einflussnahme auf anstehende Entscheidungen stattfand. Eine solche Vorgehensweise ist für den SPD-Teil in der Fraktion nicht akzeptabel. Mit allen Mitteln und vielen guten Argumenten haben wir öffentlichkeitswirksam gezeigt, dass eine solche Politik mit uns nicht zu machen ist.

Aktuell steht nun der Haushalt 2020 an. Noch geht es Schramberg gut, aber schon jetzt zeigen sich Eintrübungen bei der Gewerbesteuer. Hoffen wir, dass es allen Schramberger Firmen gelingt, aus diesem wirtschaftlichen Tief schnell herauszukommen, da wir sonst viele gute Projekte auf den Prüfstand stellen müssen. Für die Fraktion wird es 2020 wieder viele Themen geben, bei denen es wichtig ist, dass wir uns fair, sozial und enkeltauglich mit unserer Haltung und mit Glaubwürdigkeit aktiv ins Geschehen einbringen. Wir freuen uns darauf und nehmen diese Herausforderung gerne an. Tanja Witkowski

Hat die Groko eine Zukunft? - Die SPD ringt um ihr Profil

So, jetzt wissen wir, wer die SPD in den kommenden Jahren (?) führen wird. Für die meisten überraschend haben Saskia Esken und Norbert Walter-Borjans das Rennen gemacht. Es war eine ungewöhnliche Wahl, nicht nur weil sie ein wahrer Marathon war sondern weil es fast gar nicht um die klassischen Führungsqualitäten wie Integrationsfähigkeit nach innen und eine positive Außenwirkung ging. Es dominierten die Fragen, wie links und ökologisch sich die SPD aufstellen muss und – mindestens genau so wichtig – wie es mit der Groko weitergehen soll.

Das zeigt sich sehr deutlich Bei den Antworten der Mitglieder des „Blättle-Teams“ auf meine Fragen:

„Wie stehst Du zur Groko? Welche Forderungen hast Du an das neue Vorstandsteam?“ Leicht hat es sich niemand gemacht, denn nach wie vor liegt uns allen unsere Partei am Herzen. Und alle erkennen wir an, dass die SPD bis zur Halbzeit dieser Koalition einiges erreicht hat. Nur kommt das bei den Wählerinnen und Wählern nicht an. Sie können nicht erkennen, für was die SPD steht. Liegt es an der schlechten Kommunikation und/oder sind die Medien ein Teil des Problems? Liegt es daran, dass Union und SPD schon viel zu lange gemeinsam regieren oder ist es bei

der Eventmentalität unserer Gesellschaft für eine Regierung unmöglich „den großen Wurf und zwar sofort“ zu liefern aber möglichst niemand weh zu tun?

Zwei von uns kommen zum Ergebnis, dass der Weg zu einer wiedererstarkten SPD eher „über die harten Bänke der Opposition“ führt. Die anderen sind zwar keine heißen

Ein junger Genosse wünscht, dass noch einmal darüber gesprochen werden muss, was über den Koalitionsvertrag hinaus angegangen werden muss. Auch Sakia Esken will nachverhandeln, und jede ihrer Forderungen ist für sich gesehen vernünftig. Aber die Wahrscheinlichkeit, dass die CDU da mitmacht, ist gering, sie kämpft mindestens so wie wir um ihr Profil. Die Groko

Frage gestellt werden. Und das Gesundheitswesen muss von der Profitorientierung entkoppelt werden.

Dringend brauchen wir ein neues friedenspolitisches Konzept und klare Aussagen darüber, was darin die Aufgabe der Bundeswehr sein soll. Wir brauchen scharfe Regeln für Rüstungsexporte und eine Vision für unseren Umgang mit Afrika. Wir müssen eine Digitalstrategie für Europa entwickeln, um gegenüber China und den USA konkurrenzfähig zu werden und festlegen, wie gute Arbeit in einer digitalisierten Welt aussehen muss.

Und ganz wichtig: Deutschland hat einen erheblichen Investitionsstau und droht in eine Rezession abzustürzen. Ist da die „Schwarze Null“ die richtige Antwort?

All das und viel mehr muss mutig und klar vermittelt werden in einer Sprache, die von allen verstanden wird und auf Kommunikationswegen, die zeitgemäß sind. Auf das neue Vorstandsteam warten große Aufgaben!

Michael Porzelt mit Gedanken der Teammitglieder Elke, Guido, Matthias, Mirko und Petra



Das Blättle-Team träumt wie immer den selben Traum Grafik: Guido Neudeck

„Groko-Fans“, tendieren aber dazu, bis zum Ende der Legislaturperiode in der derzeitigen Koalition „das Bestmögliche für den sozialen Frieden in unserer Gesellschaft“ herauszuholen - allerdings unter einer Bedingung, die unser Karikaturist folgendermaßen formuliert hat: „Von unserem Spitzenpersonal würde ich mir manchmal den Mut wünschen, ein gerade verabschiedetes Gesetz als 'Schritt in die richtige Richtung' (zu bezeichnen), der aber noch unzureichend und nicht konsequent genug ist“ - aber nicht wegen der SPD.

wackelt, aber fällt sie auch? Völlig unstrittig ist, dass die SPD ein neues Grundsatzprogramm erarbeiten muss, das die Richtung unserer Partei für die nächsten Jahrzehnte aufzeigt, denn Politik hat die Aufgabe voraus zu schauen und nicht nur zu reagieren. Im Vordergrund muss sicherlich die Klimapolitik stehen (CO2-Abgabe, Windkraft!), hier haben wir keine Zeit zu verlieren. Und wenn es um Gerechtigkeit und Solidarität geht, muss auch manches Tabu (Vermögens- und Erbschaftssteuer, Steuersatz für sehr hohe Einkommen) in

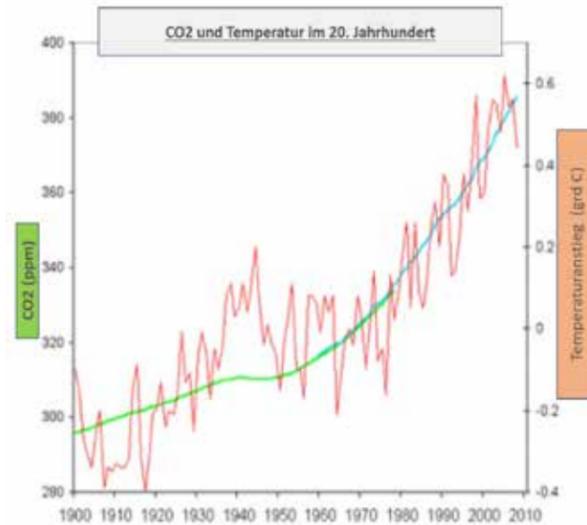
Klimawandel – auch die Kommunen sind gefordert

In der Süddeutschen Zeitung vom 5.11.19 warnten mehr als 11.000 Wissenschaftler aus 153 Ländern gemeinsam vor einem weltweiten Klimanotfall. Sie führten aus, dass wenn sich das menschliche Verhalten nicht grundlegend und anhaltend verändere, unsägliches menschliches Leid nicht mehr zu verhindern sei.

An der Tatsache, dass die Klimaveränderung schon im Gange ist, dass sie hauptsächlich durch das Gas CO₂ verursacht wird und dass die Ursache des ansteigenden CO₂-Gehaltes in der Luft der Mensch ist, gibt es keinerlei begründbaren Zweifel. Dass der seltsame Präsident Trump in den USA und die schreckliche AfD in Deutschland anderer Meinung sind und dies immer wieder lauthals rausposaunen, hat nichts mit der Gültigkeit wissenschaftlicher Aussagen zum Klimaproblem zu tun. Natürlich gab es z.B. nach der letzten Eiszeit vor 20.000 Jahren einen Temperaturanstieg um rd. 5 Grad. Aber eben in 5.000 Jahren, und nicht um 1 Grad, wie in den letzten 100 Jahren. Seit die Menschheit hauptsächlich im Rahmen des kapitalistischen Gewinnstrebens mehr und mehr CO₂ produziert, kam es nahezu zu einer Verdopplung der CO₂-Konzentration in der Luft die uns umgibt. Dies erklärt schlüssig die Temperatursteigerung um das erwähnte eine Grad.

Dass die „große Politik“ etwas tun sollte, damit man auf unserer Erde auch noch um das Jahr 2100 zufriedenstellend leben kann, wird mit sehr bescheidenem Erfolg praktiziert. Dass in Deutsch-

land auch etwas geschehen sollte, aber nahezu nichts geschieht, zeigte unlängst das geradezu lächerliche Ergebnis des „Klimakabinetts“, dem leider auch unsere SPD-Vertreter in der Regierung zustimmten!



Grafik: Werner Klank

Umsomehr drängt sich die Frage auf, wie können die Kommunen vor Ort dazu beitragen, den unheilvollen Trend in die Katastrophe nicht fortzusetzen, um das Leben für die kommenden Generationen auch in Schramberg lebenswert zu erhalten?

Hier fällt uns manches ein:
- Solare Nutzung aller Dächer, sei es für das warme Wasser oder zur Stromproduktion in Bebauungsplänen vorschreiben, oder zumindest alle neuen Dächer nach Süden ausrichten.

- Heizzentralen in neuen Baugebieten vorschreiben, anstatt vieler Einzelheizungen.

- Zur Steigerung der Nutzung des Busverkehrs von der Talstadt zum Sulgen und zur Lärmverminderung für

die lärmgeplagten Anwohner der Oberndorferstraße könnte sich die Stadt zur Subvention des Busverkehrs auf 1 Euro pro Fahrt entscheiden.

- Senkung der Gewerbesteuer, für Betriebe, die erkennbar CO₂ Prozesse vermeiden.

meiden.

-Überprüfung der Fahrradweg-Situation..... Usw. Wer meint, die Stadt Schramberg oder die Kommunen in Deutschland könnten sich solches nicht leisten, sollte sich im Klaren sein, dass Nichtstun bezüglich des Klimaschutzes viel teurer werden wird.

Unsere Gemeinderäte und die neue Oberbürgermeisterin können sehr viel tun. Einen Verweis, dass dies Aufgabe der „Großen Politik“ ist, können wir nicht gelten lassen. Der Deutsche Städtetag sowie z.B. die Städte Konstanz und Radolfzell können dazu Hilfen und Ideen geben.

Werner Klank/
Elke Ringl-Klank

"... die solare Nutzung aller Neubaudächer zur Warmwasser- und Stromproduktion muss in die Bebauungspläne."

"... keinerlei begründbare Zweifel, dass die Menschen für die Erderwärmung die Ursache sind."

Blättle Buchtipp:

Wer sich gründlich und trotzdem schnell mit dem Problem Klimawandel befassen will sollte zum Buch „Der Klimawandel“ von den beiden profundesten Kennern der Materie Rahmsdorf u Schellnhuber greifen, Beck, Verlag 144 Seiten 9.95 Euro

Bürgerbeteiligung - Unumgänglich und etabliert!

Wir leben im Musterlände! Wir sind nicht nur ein Land, das wirtschaftlich zu den „Großen“ gehört, nein, wir sind auch ein Land in dem die Bürgerbeteiligung etabliert ist. Schon viele Jahre im kleinen Rahmen auf unterschiedlichen Entscheidungsebenen praktiziert, findet Bürgerbeteiligung spätestens seit dem einschneidenden Erlebnis Rund um „Stuttgart 21“ landesweit statt.

Die Volksabstimmung ist allen noch in Erinnerung. Die grün-rote Landesregierung hat es sich 2011 mit der Einsetzung einer Staatsrätin für „Zivilgesellschaft und Bürgerbeteiligung“ zur Aufgabe gemacht, dass Bürgerbeteiligung nicht nur ein Akt des guten Willens staatlicher Verwaltung ist, sondern grundsätzlich mitgedacht wird und zu einem etablierten Teil unserer Demokratie wird. Seit 2014 besteht sogar eine „Verwaltungsvorschrift Öffentlichkeitsbeteiligung“, die die Landesverwaltung nach innen bindet, bei bestimmten Verwaltungsverfahren Öffentlichkeitsbeteiligung durchzuführen. Das Amt der Staatsrätin hat seit 2011 Gisela Erler inne, die Tochter des Sozialdemokraten Fritz Erler. Sie sitzt qua ihres Amtes mit am Kabinetttisch der Landesregierung.

Wie sieht Bürgerbeteiligung aus?

Bürgerbeteiligung und damit politische Partizipation hat viele Facetten. Sie reicht von den bekannten Werkzeugen der Wahlen und (Volks-) Abstimmungen über Volks- und Bürgerbegehren bis hin zu Bürgerentscheiden. Diese

direktdemokratischen Elemente, die unter anderem in unserer Gemeindeordnung für Baden-Württemberg gesetzlich verankert sind, werden flankiert von formeller und informeller Beteiligung



Die Menschen wollen gehört werden und Entscheidungen beeinflussen: Elke und ihre Freunde bei der Klimademo in Palermo Foto: Werner Klank

im Bereich verschiedener Planungsverfahren. Einfaches Beispiel: Neubau einer Bundesstraße. Die Bürgerschaft möchte heute in die politischen Willensbildungs- und Entscheidungsprozesse miteinbezogen werden. Genau diesem Umstand tragen die verschiedenen Methoden der informellen Bürgerbeteiligung Rechnung. Jeder von uns war sicherlich schon einmal in Einwohnerversammlungen oder hat an einem Stadtspaziergang teilgenommen.

Was hat Bürgerbeteiligung nun aber für Veränderungen zur Folge? Zunächst sicherlich ein Öffnung der Verwaltung hin dazu, dass man der Bürgerschaft nicht mehr fertige Planungen vorsetzt und sich nur noch Lob und

Tadel einholt, sondern von Anfang an die Bürgerschaft aktiv in Planungsprozesse miteinbindet. Dies erhöht die mögliche Akzeptanz von Projekten. Verwaltungsintern hat Bürgerbeteiligung aber

mokratie nicht ersetzen soll. Nein, vielmehr soll eine konstruktive Zusammenarbeit von Verwaltung, Politik und Bürgerschaft gefördert werden. Ganz im Sinne von „Schwarmintelligenz“. Es

sicherlich auch zur Folge, dass „verkrustete“ Abläufe ersetzt werden müssen und dem Input aus der Bürgerschaft Rechnung getragen werden muss. Positive Folge von aktiver Bürgerbeteiligung ist außerdem, dass beispielsweise durch die Methode des „Zufallsbürgers“ dem Umstand entgegen werden kann, dass sich oft die gleichen Bürgergruppen aktiv einbringen. Die Breite der Gesellschaft und ihre jeweiligen Erkenntnisse oder Nöte können so zumindest theoretisch abgebildet werden.

Vorbehalte?

Nun gibt es teilweise Vorbehalte gegenüber zu intensiv betriebener Bürgerbeteiligung. Den Skeptikern sei aber gesagt, dass Bürgerbeteiligung die repräsentative De-

mokratie nicht ersetzen soll. Nein, vielmehr soll eine konstruktive Zusammenarbeit von Verwaltung, Politik und Bürgerschaft gefördert werden. Ganz im Sinne von „Schwarmintelligenz“. Es

muss ja sowohl staatlichen Entscheidungsträgern als auch politischen Mandatsträgern ein Anliegen sein, dass möglichst viele Meinungen aus allen gesellschaftlichen Schichten gehört werden. Am Ende ermöglicht dies nachhaltige Politik und ein nachhaltiges Miteinander in unserer Gesellschaft.

Mathias Krause